

Das Bedingungslose Grundeinkommen: Linke Perspektive oder kapitalistische Utopie?

Von Avji Sirmoglu und Peter Streckeisen

Die Diskussionen über ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) haben angesichts der Verbreitung von Armut, Arbeitslosigkeit und prekären Lebens- und Arbeitsverhältnissen unter der Vorherrschaft des »finanzdominierten Akkumulationsregimes« (Chesnais 2004) eine neue Dynamik erlangt. In Deutschland, wo erstmals seit Jahrzehnten in breiten Kreisen der Bevölkerung die Angst vor der Armut umgeht, hat die Umsetzung der so genannten Hartz-Gesetze¹ die Diskussionen stark befördert. Die Verschärfung des Arbeitszwangs (der »Zumutbarkeitskriterien«) und die brutale soziale Deklassierung der Langzeitarbeitslosen haben viele mit dem »rheinischen Kapitalismus« verbundenen Vorstellungen ins Wanken gebracht.

Doch diese Diskussionen scheinen nicht entlang der üblichen politischen Konfliktlinien zu verlaufen. So wird die Grundeinkommensidee sowohl in sozial- und wirtschaftsliberalen Kreisen wie auch in kapitalismuskritischen Zusammenhängen propagiert. Die Linke und die sozialen Bewegungen sind gespalten: Während die einen das Grundeinkommen als Möglichkeit betrachten, Erwerbslose und Prekäre von sozialer Not und Schikanierung durch die Sozialstaatsbürokratie zu befreien, ja letztlich alle Menschen vom Zwang zum Verkauf ihres Arbeitsvermögens zu entlasten, sehen die anderen einer langen Tradition der ›historischen ArbeiterInnenbewegung‹ folgend die Priorität im Kampf für das Recht auf Arbeit und lehnen die Idee ab, Einkommen und Lohnarbeit zu entkoppeln. Diese Spaltung der Linken überlagert sich teilweise mit Unterschieden in der sozialen Lage von Lohnabhängigen (Erwerbslose und Prekäre vs. gewerkschaftlich organisierte Gruppen) und mit herkömmlichen politischen Trennungslinien (insbesondere ›libertäre‹ oder ›autonome‹ vs. ›sozialistische‹ Strömungen).

Wir vertreten die These, dass die Grundeinkommensidee sowohl in einer kapitalistischen Utopie aufgehen kann als auch für Perspektiven über die kapitalistischen Verhältnisse hinaus von Interesse ist. Es kommt darauf an, wozu ein Grundeinkommen dienen soll und wie es ausgestaltet und finanziert würde. Um aus ihrer aktuellen Krise herauszukommen, muss die Linke traditionelle Strategien und Gewissheiten hinterfragen. Unter dieser Bedingung könnte die Grundeinkommensdebatte neue linke Dialoge und Aktionsgemeinschaften herbeiführen, statt bestehende Spaltungen zu

verschärfen, wie es derzeit geschieht. Wir diskutieren im weiteren Verlauf unseres Textes gerade auch mit Bezug auf Marx, wie dies vonstatten gehen könnte.

I. Grundeinkommen und »Utopischer Kapitalismus«

Liberales und unternehmerfreundliche Positionen haben in der Grundeinkommensdebatte an Einfluss gewonnen. Bekanntlich sprach sich zum Beispiel Milton Friedman dafür aus, der neoliberale Wirtschaftsnobelpreisträger. Aus dieser Perspektive dient das BGE vor allem dazu, an die Stelle der historisch erkämpften sozialstaatlichen Leistungen zu treten und als minimales soziales Netz das reibungs- und protestlose Funktionieren des Marktes zu ermöglichen. Die Befürworter mit anthroposophischem Hintergrund sind ebenfalls zum liberalen Lager zu rechnen. In Deutschland ist der Unternehmer Götz Werner von der Drogeriemarkt-Kette eine zentrale Figur (vgl. Werner 2007). In der Schweiz zählten bei der eidgenössischen Abstimmung vom 5. Juni 2016 (23.1 Prozent Zustimmung zum BGE) einige Personen aus dem anthroposophischen Lager, insbesondere Daniel Häni und Enno Schmidt von der Initiative Grundeinkommen in Basel, zu den prominenten Befürwortern. Die AnthroposophInnen propagieren eine starke Erhöhung der Mehrwertsteuer, um das BGE zu finanzieren. Durch die Streichung aller anderen Steuern soll das unternehmerische Handeln befeuert werden. Sie sind überzeugt, dass sich so eine neue Wirtschaftsordnung errichten lässt, welche Freiheit und Solidarität miteinander verbindet.

Es fällt nicht schwer, solche Modelle zu kritisieren, bei denen das Grundeinkommen mit einem Sozialabbau verbunden wird, der für zahlreiche RentnerInnen, Erwerbslose und weitere BezügerInnen von Sozialleistungen drastische Einkommenseinbußen verursachen würde. Die dabei anvisierte Umgestaltung des Steuersystems würde Kapital und hohe Einkommen weitgehend von den Steuern befreien und die mittleren und tiefen Einkommensklassen stark belasten. Dies würde den Druck auf die Löhne verschärfen, der im Zuge der Globalisierung und der Liberalisierung der Arbeitsmärkte bereits sehr stark zugenommen hat, und Tieflohnbeschäftigung durch staatliche Subventionierung fördern. Dennoch greift es zu kurz, die liberalen Modelle nur als zynische Täuschungsmanöver zu sehen. Sie bringen die Vision einer idealen Gesellschaft zum Ausdruck, die an das erinnert, was Robert Castel (2000, 178) den »utopischen Kapitalismus« nannte. Das Grundeinkommen erscheint als Instrument, mit dem endlich eine wirklich freie Marktwirtschaft hergestellt werden kann, in der niemand Not leiden muss und sich alle Menschen wie UnternehmerInnen verhalten. Eine Gesellschaft, in der sowohl der Markt als auch die Menschen wirklich frei sind: Was ist das anderes als eine kapitalistische Utopie?

II. Zur Bedeutung von ›Arbeitskämpfen‹ im Kapitalismus

Die Linke sollte nicht nur die liberalen Modelle kritisieren, sondern eigenständige politische Perspektiven formulieren, in denen ein Grundeinkommen Sinn macht. Es gibt letztlich keine überzeugenden Gründe, um sich der Auseinandersetzung mit dieser Idee zu verweigern und einer traditionellen Ausrichtung auf ›Arbeitskämpfe‹ das Wort zu reden: Denn auch die Tragweite solcher Kämpfe ist begrenzt, und sie sind keinesfalls frei von Widersprüchen.

(a) Arbeitskämpfe bergen stets Gefahren einer Verengung der politischen Perspektive. Sie tendieren meistens dazu, Forderungen im Rahmen des Kapitalverhältnisses zu artikulieren, und stellen dieses Produktions- und Herrschaftsverhältnis selbst nicht automatisch in Frage. Am ehesten entwickeln sich systemkritische Perspektiven, wenn die Selbstorganisation der Produktion (›ArbeiterInnenkontrolle‹), deren gesellschaftlicher Sinn (Bedürfnisbefriedigung) oder die Frage des Eigentums an den Produktionsmitteln zum Gegenstand der Kämpfe und Diskussionen werden. Aber es wäre übertrieben zu behaupten, Arbeitskämpfe enthielten per se eine solche Entwicklungsdynamik. Ebenso gut können sie in korporatistischen Interessen einzelner Beschäftigtengruppen aufgehen und sich – direkt oder indirekt – gegen andere Lohnabhängige richten.²

(b) Traditionelle Arbeitskämpfe ›vergessen‹ den Bereich der (sehr mehrheitlich durch Frauen geleisteten) unbezahlten Arbeit ausserhalb des Betriebs und verfehlen damit eine zentrale Dimension der gesellschaftlichen Geschlechterverhältnisse. Ebenso fehlt ihnen meistens das Interesse an Auseinandersetzungen um Lebensweisen und Ökologie oder an Strategien gegen die ›Entfremdung in der Freizeit‹, die durch die Kritische Theorie als zentraler Pfeiler der kapitalistischen Herrschaft identifiziert wurde.³ Der Fokus auf die Lohnarbeit bringt oft ein reduziertes Verständnis von ›Klassenkampf‹ zum Ausdruck – wie wenn die sozialen Klassen nur im Betrieb aufeinander treffen würden. Der Kampf für eine andere Gesellschaft kann und sollte in allen Sphären des gesellschaftlichen Lebens geführt werden.

(c) Die vorherrschende Dynamik der Arbeitskämpfe hat zumindest in Kontinentaleuropa ein Gefüge der ›Sozialpartnerschaft‹ hervorgebracht, das heute zu den wichtigsten Grundlagen der politischen Stabilität des Kapitalismus zählt. Die Einbindung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsverantwortlichen in staatliche Strukturen und korporatistische Arrangements, die Erosion von deren aktiver Mitgliederbasis sowie die verschärften kapitalistischen Angriffe auf alle sozialen Errungenschaften und ökonomischen Rechte der Lohnabhängigen führen dazu, dass Arbeitskämpfe heute meistens defensiv und isoliert sind, oder unter ›sozialpartnerschaftlicher Kontrolle‹ gehalten werden. ›Revolutionäre Potenziale‹ sol-

cher Kämpfe sind in aller Regel höchstens versteckt und in bescheidenen Ansätzen erkennbar.

(d) Die Rechte und Garantien, die im Zuge der Sozialstaatsentwicklung an Erwerbsarbeit gekoppelt wurden, gehen vor dem Hintergrund der neokonservativen Restrukturierung aller Arbeits- und Lebenswelten zunehmend verloren. Die Arbeitslosigkeit bleibt relativ hoch, die Prekarisierung schreitet voran, neue Phänomene von Armut breiten sich aus. Ein wachsender Teil der Lohnabhängigen steht nicht mehr in einem langfristigen und geregelten Arbeitsverhältnis. Das ›informelle Proletariat‹⁴ breitet sich auch in Europa aus. Immer mehr Menschen erfahren die Macht der herrschenden Klasse mehr durch staatliche Instanzen (Polizei, Sozialstaatsbürokratie usw.) als durch die Strategien der Unternehmensleitungen. Die Prekären, Erwerbslosen, Scheinselbständigen oder Papierlosen führen kaum Arbeitskämpfe im traditionellen Sinn, es geht ihnen oft direkt ›ums Überleben‹ und um Freiräume gegenüber Stigmatisierungen, Diskriminierungen und Schikanen, denen sie ausgesetzt sind.

III. Marx und die Helden der Arbeit

Es soll hier in keiner Weise die zentrale Bedeutung der gesellschaftlichen Arbeit für jedes politische Konzept und Projekt, das über den Kapitalismus hinausweist, relativiert werden. Aber die Lohn- und Erwerbsarbeit ist nur eine besondere Form von gesellschaftlicher Arbeit (die einzige, die durch den Kapitalismus als solche anerkannt wird), und es muss mindestens so sehr *gegen diese Form von Arbeit* wie um deren konkrete Anwendungsbedingungen (Lohn, Arbeitszeit, betriebliche Strukturen und Einrichtungen usw.) gekämpft werden, damit eine politische Perspektive entsteht, die über das bestehende System hinausweist. In dieser Hinsicht kann die Grundeinkommensidee interessant sein, da die gesellschaftliche Wurzel des vorherrschenden Produktions- und Herrschaftssystems zur Sprache kommt: Der Zwang zum Verkauf des Arbeitsvermögens.

Es ist eine traurige Ironie der Geschichte, dass im Namen von Karl Marx, der sich als Kritiker jeder Religion verstand, regelrechte Arbeitsreligionen ausgerufen wurden. Die Helden der Arbeit im scheinbar ›real existierenden Sozialismus‹ waren ein Beispiel dafür; weitere lassen sich auch in Geschichte und Gegenwart der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften im Westen zuhauf finden. Viele Linke glauben, Marx habe vor allem ›entdeckt‹, menschliche Arbeit allein produziere den gesellschaftlichen Reichtum. So weit waren aber die klassischen Ökonomen wie Adam Smith und David Ricardo auch schon gelangt. Im Kern der marxschen Kritik der Politischen Ökonomie steht vielmehr die Entdeckung der Wertformen, der Beherrschung der menschlichen Tätigkeiten durch die gesellschaftlichen Formen, in die alles gebracht werden muss, damit sich das Kapital repro-

duzieren und vermehren kann.⁵ Die zu einer Ware gewordene Arbeitskraft ist nichts weiter als die kapitalistische Wertform menschlicher Fähigkeiten, und jede über den Kapitalismus hinausweisende Perspektive muss darauf abzielen, die Kreativität und Intelligenz der Menschen vom Diktat dieser Wertform zu befreien.

Nach Marx haben verschiedene AutorInnen den Begriff der Kommodifizierung entworfen, um die Verwandlung von Tätigkeiten und Gütern in Waren zu beschreiben. Zu erwähnen gilt es insbesondere Karl Polanyi (1971) und dessen Analyse der »fiktiven Waren«. Damit der Kapitalismus funktioniert, müssen auch die Natur, die menschliche Arbeit sowie das Geld in Waren verwandelt werden. Für Polanyi war dies eine ebenso künstliche wie gefährliche Entwicklung, welche die Grundlagen des menschlichen Lebens bedroht. Gøsta Esping-Andersen (1990) hat den Begriff der Dekommodifizierung geprägt, um herauszustellen, wie sozialpolitische Programme den Zwang zum Verkauf der Arbeitskraft lockern können. Doch selbst in den durch ihn stets als Vorbilder präsentierten sozialdemokratischen Sozialstaaten Skandinaviens hat sich die Dekommodifizierung als sehr beschränkt herausgestellt, weil die Erwerbsorientierung durch die Sozialpolitik nicht grundsätzlich in Frage gestellt wurde, und inzwischen sind auch die Regierungen jener Länder dazu übergegangen, die Massnahmen gegen Armutsbetroffene und erwerbslose Personen zu verschärfen.

Viele KritikerInnen der sozialdemokratischen und stalinistischen Arbeitsreligionen haben sich auf die 1880 erstmals publizierte Schrift von Paul Lafargue (1998) über das »Recht auf Faulheit« gestützt. Bereits Lafargue zeichnete das uns heute so vertraute Bild einer Welt, in der die Maschinen den Menschen die meiste Arbeit abnehmen. Insofern sein Text gegen Marx gelesen wurde, fiel dabei aber auch die marxsche Gesellschaftsanalyse unter den Tisch. Bis heute wiederholen die meisten »KritikerInnen der Arbeitsgesellschaft« mehr oder weniger Lafargues Argumente und versteifen sich darauf, einen vorherrschenden Arbeitsbegriff anzugreifen, von dem wir uns endlich lossagen sollten. Doch es reicht nicht aus, sich von einem falschen Arbeitsbegriff loszusagen. Die kapitalistische »Religion des Alltagslebens« (MEW 25, 838) wurzelt in gesellschaftlichen Verhältnissen, die selbst abgeschafft werden müssen, damit der Fetischismus verschwinden kann. Diese Einsicht, die Marx im Spätwerk besonders klar formulierte, fehlt dem in mancher Hinsicht sympathischen Büchlein seines Schwagers Lafargue.

IV. Neue Perspektiven entwickeln

Eine Strategie, neue linke Perspektiven zu gewinnen, könnte daraus bestehen, altbekannte Gegenüberstellungen zu hinterfragen und bisher als unvereinbar betrachtete Positionen und Haltungen zu vermitteln. Zweifel-

los könnten ›libertäre‹ und ›sozialistische‹ Strömungen viel voneinander lernen, wenn sie bereit wären, sich auf solche Diskussionen einzulassen.

Es gibt keinen Grund, das Grundeinkommen und das Recht auf Arbeit als Forderungen zu betrachten, die sich ausschliessen oder behindern: Das Grundeinkommen widerspricht nur der Pflicht zur Arbeit, und das Recht auf Arbeit verweigert kein Recht auf Einkommen. Das Grundeinkommen kann Teil einer linken Perspektive der Umverteilung von Reichtum und (bezahlter wie unbezahlter) Arbeit und der Reflexion eines alternativen Gesellschaftsmodells sein, wenn mindestens die folgenden Kriterien erfüllt sind: (a) Die Finanzierung wird durch progressive Steuern auf Einkommen, Kapital und Vermögen (sowie allenfalls Lohnprozente) gewährleistet; (b) bestehende soziale Sicherungssysteme werden nicht ersetzt, sondern ergänzt und den tatsächlichen Bedürfnissen der Menschen angepasst; (c) die Höhe des Grundeinkommens darf sich nicht unter der Armutsgrenze und den Mindestlohnansätzen bewegen (in der Schweiz heute: 4000 Franken netto). Dann lässt es sich gut mit Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung, Mindestlöhnen oder besseren Arbeitsbedingungen verbinden. Um den kapitalistischen Arbeitsfetisch grundsätzlicher in Frage zu stellen und Perspektiven einer Dekommodifizierung des Alltags zu öffnen, wie Schandl (2005, 139) vorschlägt, wäre das Grundeinkommen mit dem Kampf gegen die Privatisierung und für eine Ausweitung und Demokratisierung der öffentlichen Einrichtungen zu verbinden. Eine unentgeltliche soziale Infrastruktur kann selbst als ›nicht monetäres Grundeinkommen‹ für alle betrachtet werden und eröffnet darüber hinaus erst noch Möglichkeiten gesellschaftlicher Aneignung, ohne die kein alternatives Gesellschaftsmodell auskommt.

Die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens ist heute in der öffentlichen Diskussion unmittelbar wertvoll, um der zunehmend verbreiteten Stigmatisierung der BezügerInnen von Sozialleistungen als Sozialschmarotzer zu begegnen. Doch es stellt sich die Frage, wer mit wem wofür kämpft. In der Hinsicht sind die linken BefürworterInnen des Grundeinkommens gut beraten, an der längerfristigen Perspektive der Herausbildung eines sozialen Blocks kapitalismuskritischer Kräfte zu arbeiten, statt sich der verführerischen Illusion hinzugeben, ein Grundeinkommen, das mehr als ein miserables Armengeld wäre, lasse sich im Bündnis mit Liberalen und aufgeklärten UnternehmerInnenkreisen umsetzen.

Fussnoten

1 Diese Gesetze wurden nach dem Personalchef von VW benannt, Peter Hartz, den Bundeskanzler Schröder 2002 mit der Konzeption einer ›Arbeitsmarktreform‹ beauftragte. Hartz ist 2005 nach einem Korruptionsskandal bei VW, in den auch Betriebsräte und Gewerkschaften verwickelt waren, von seinem Amt zurückgetreten.

2 Die Geschichte der »Arbeiterbewegung« ist reich an Beispielen von Arbeitskämpfen, die sich gegen Frauen oder MigrantInnen richteten. Es soll hier nur an die fremdenfeindlichen Kampagnen der schweizerischen Gewerkschaften in den 1960/70er Jahren erinnern sowie auf das lesenswerte Buch von Maruani und Nicole-Drancourt (1989) über die Reaktionen von Arbeitern und der Gewerkschaft auf den Einzug von Frauen in die französische Druckindustrie – eine traditionelle Männerbastion – verwiesen werden.

3 Die klassische Schrift von Adorno und Horkheimer (1969) über die Kulturindustrie beeindruckt nach wie vor durch die Kompromisslosigkeit ihres theoretischen Gedankengangs. Zugleich erscheinen die darin kritisierten kulturindustriellen Phänomene im Vergleich zur heutigen Zeit beinahe etwas harmlos.

4 Mike Davis (2007) hat gewissermassen im Weltmassstab darüber nachgedacht, welche neuen Fragen die Ausbreitung des informellen Proletariats für die Formulierung sozialistischer Perspektiven aufwirft.

5 Jean-Marie Vincent (2001) hat überzeugend argumentiert, Marx habe nicht eine klassische Arbeitswertlehre entwickelt, sondern eine Theorie der Wertformen. Marx selbst hat diesen Aspekt mehrfach hervorgehoben, zum Beispiel in folgendem Satz aus dem ersten Band des Kapitals: »Die politische Ökonomie hat nun zwar, wenn auch unvollkommen, Wert und Wertgrösse analysiert und den in diesen Formen versteckten Inhalt entdeckt. Sie hat niemals auch nur die Frage gestellt, warum dieser Inhalt jene Form annimmt, warum sich also die Arbeit durch ihre Zeitdauer in der Wertgrösse des Arbeitsprodukts darstellt?« (MEW 23, 94–95).

Literatur

Adorno, Theodor W. und Horkheimer, Max (1969): Kulturindustrie. Aufklärung als Massenbetrug. In dies.: Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente. Frankfurt/M., 128–176

Castel, Robert (2000): Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit. Konstanz

Chesnais, François (2004): Das finanzdominierte Akkumulationsregime: theoretische Begründung und Reichweite. In: Zeller, Christian (Hg.): Die globale Enteignungsökonomie. Münster, 217–254

Davis, Mike (2007): Planet der Slums. Berlin

Esping-Andersen, Gøsta (1990): The three Worlds of Welfare Capitalism. Princeton

Lafargue, Paul (1998): Das Recht auf Faulheit. Grafenau/Württ

Marx, Karl (1968a): Das Kapital, Band I. Der Produktionsprozess des Kapitals. Marx Engels-Werke Band 23. Berlin

Marx, Karl (1968b): Das Kapital, Band III: Der Gesamtprozess der kapitalistischen Produktion. Marx Engels-Werke Band 25. Berlin

Maruani, Margaret und Nicole-Drancourt, Chantal (1989): Au labeur des dames. Métiers masculins, emplois féminins. Paris

Polanyi, Karl (1971): The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen. Wien

Schandl, Franz (2005): Vom Einkommen zum Auskommen. Zu Plausibilität und Kritik des garantierten Grundeinkommens. In: Widerspruch, 49/2005, 133–140.